

AUSGABE 9 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Über Blackout- und
Katastrophenszenarien besser
aufklären

Spitzengespräch zur Flüchtlingslage

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum
beriet in Berlin

AUS DEN STÄDTEN

Nürnberg ist recyclingpapier-
freundlichste Stadt 2022

Streetart Museum für Wuppertal

FORUM

Ummelden nach Umzug geht in
Hamburg auch online

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

Über Blackout- und Katastrophenszenarien besser aufklären

Der Deutsche Städtetag fordert, die Bevölkerung stärker über mögliche Folgen von Energieknappheit oder Sabotage zu informieren. Für ein Blackout sei ein realistisches Szenario und gute Vorbereitung

nötig, denn es könnten verschiedene Krisensituationen aufeinandertreffen, warnte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy. Zur Frage, welche Vorbereitungen es zur Vermeidung von Blackouts gebe, antwortete Dedy Mitte Oktober gegenüber der Süddeutschen Zeitung:



Foto: Laurence Chaperon

„Nach wie vor kommt es auf eine gemeinsame Kraftanstrengung der ganzen Gesellschaft an.“

Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

„Wir dürfen nicht nachlassen: Nach wie vor kommt es auf eine gemeinsame Kraftanstrengung der ganzen Gesellschaft an. Die Städte wollen 20 Prozent Gas einsparen. Wenn alle gemeinsam dieses Ziel verfolgen, haben wir eine Chance, ohne Ausfälle durch den Winter zu kommen. Aber die Städte bereiten sich auch auf den Ernstfall vor.“

Ein Blackout ist ein realistisches Szenario. Wir müssen uns darauf einstellen, dass verschiedene Krisensituationen aufeinandertreffen. Dazu gehören auch Hackerangriffe. Unsere Katastrophenschützer spielen vorübergehende Stromausfälle durch. Wenn über viele Tage der Strom ausfällt, hat das Auswirkungen auf alle Bereiche der kritischen Infrastrukturen. Dann werden Ressourcen knapp und die Informationslage unklar. Eine funktionierende Notversorgung mit Wasser und Wärme ist nur über maximal 72 Stunden möglich. Die Extremsituation eines mehrtägigen Blackouts könnte der kommunale Katastrophenschutz nicht allein bewältigen. Dann kommt es auf schnelle und gut koordinierte Zusammenarbeit an, ressortübergreifend und über alle staatlichen Ebenen hinweg. Die Menschen in Deutschland sind bisher unerfahren mit Krisen und Katastrophen. Deshalb ist eine kontinuierliche, transparente und niedrigschwellige Aufklärung über mögliche Risiken wichtig. Kampagnen zur Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit müssen deutlich stärker und breiter ausgerollt werden.“

Die Zeitung wollte außerdem wissen, wie sich Städte auf Cyberangriffe vorbereiteten. Dazu sagte der Hauptgeschäftsführer:

„Je digitaler die Städte werden, desto wichtiger ist der Schutz ihrer IT-Systeme vor Cyberangriffen.“

Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

„Je digitaler die Städte werden, desto wichtiger ist der Schutz ihrer IT-Systeme vor Cyberangriffen. Das wissen die Städte. Cybersicherheit ist Chefsache. Und es kommt darauf an, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Städten sensibilisiert und geschult werden. Mit ihren Partnern und IT-Dienstleistern entwickeln die Städte ihre IT-Sicherheitsstrategie kontinuierlich fort und übersetzen die in Deutschland verbreiteten Sicherheits-Standards in die kommunale Praxis. Um den Schutz der digitalen Infrastruktur in den Städten fortlaufend weiterzuentwickeln, gibt es viele Hilfestellungen, beispielsweise vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, den Innenministerien der Länder oder auch den Computer Emergency Response Teams.“

TITELFOTO

Spitzengespräch zur Flüchtlingslage



Nach dem Spitzengespräch von Bund, Länder und Kommunen traten Bundesinnenministerin Nancy Faeser, der bayerische Staatsminister Joachim Herrmann, und Oberbürgermeister Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages, am 11. Oktober vor die Presse.

„Die Lage ist herausfordernd“ fasste Jung die Bewertungen aus den Städten zusammen und sagte weiter: „Die Situation insgesamt der geflüchteten Menschen hat eine Größenordnung erreicht, die sehr wohl vergleichbar ist mit den Jahren 2015 und 2016.“

Der Deutsche Städtetag hatte im Vorfeld des Treffens in einem eindringlichen Appell an Bund und Länder dazu aufgerufen, mehr Verantwortung angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen zu übernehmen und mehr Kapazitäten für die ankommenden Menschen zu schaffen. Bereits jetzt müssten einige Städte auf Turnhallen und andere Notunterkünfte zurückgreifen. Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten steige. Gleichzeitig wollten die Kommunen in ihrer Hilfe für die Geflüchteten aus der Ukraine nicht nachlassen.

(Fotos: BMI, Henning Schacht)

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum beriet in Berlin

Wie können möglichst schnell mehr und bezahlbare Wohnungen gebaut werden? Diese Frage stand am Bündnis-Tag bezahlbarer Wohnraum im Bundeskanzleramt am 12. Oktober im Mittelpunkt. Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner aus Heidelberg nahm als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände daran teil. Nach dem Treffen unter anderem mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Bauministerin Klara Geywitz, sagte Würzner, der erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages ist:

„Wir wollen, dass sich alle Menschen das Wohnen leisten können. Wir brauchen daher schnell mehr günstige Wohnungen. Jedes Jahr schmilzt der Bestand an Sozialwohnungen weiter ab. Die Koalition hat den Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr angekündigt, davon 100.000 öffentlich gefördert. Es ist gut, dass das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum sich intensiv damit beschäftigt

hat, wie das erreicht werden kann. Die Ergebnisse zeigen, dass weitere und schnelle Schritte erforderlich sind, damit wir beim Wohnungsbau mehr Fahrt aufnehmen.

Wir müssen realistisch bleiben: Baustoffe sind teuer, das Personal knapp, nicht überall können wir auf das vorhandene Bauland zugreifen, wie es nötig wäre. Aus Sicht der Kommunen muss bundesweit stärker auf Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand gesetzt werden. Das geht schneller und wirkt nachhaltiger, als ausschließlich auf Neubauten zu setzen.

Wir wollen den Wohnungsbestand fit für die Zukunft machen, vorhandene Gebäude aufstocken und ungenutzte Flächen bebauen. Das bringt Umweltschutz und Klimaanpassung besser mit dem Flächenverbrauch in Einklang als ein Neubau auf der grünen Wiese. Außerdem muss das Umwidmen und Sanieren vorhandener Immobilien, etwa ehe-



„Flächen und Gebäude in zentralen Lagen dürfen nicht mehr brachliegen, um damit zu spekulieren.“

Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner,
Stellvertreter des Präsidenten
des Deutschen Städtetages



Foto: Julian Beekmann

maliger Kaufhäuser, auch für Wohnzwecke rechtlich einfacher möglich werden.

Vor allem beim Bauland gibt es noch ungenutztes Potenzial. Die Kommunen benötigen mehr Möglichkeiten, um den Wohnungsmarkt stärker auf das Gemeinwohl – Wohnen für alle – auszurichten. Städte und Gemeinden brauchen Vorkaufsrechte für Grundstücke im gesamten Ortsgebiet. Flächen und Gebäude in zentralen Lagen dürfen nicht mehr brachliegen, um damit zu spekulieren. Auch das Thema Bodenfonds muss auf die Agenda.

Grundstücke der öffentlichen Hand sollten in erster Linie für Vorhaben genutzt werden, die dem Gemeinwohl dienen, etwa für preiswerte Wohnungen, Kitas oder Schulen. Vor Ort streben wir lokale Bündnisse für bezahlbaren Wohnraum an. Im Zusammenwirken mit der kommunalen Wohnungswirtschaft, der freien Wohnungswirtschaft und privaten Eigentümern können gute Lösungen für mehr günstigen Wohnraum entstehen. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum hat dafür Wege aufgezeigt. Diese müssen nun von allen auch beschritten werden.“



Austausch des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum im Bundeskanzleramt
(Fotos: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Sandra Steins)



Foto: Martin Magunia, Bonn

Deutsch-Ukrainische Partnerschaftskonferenz erörtert Krisenhilfe

Welche Hilfen können die aktuell gut 100 deutsch-ukrainischen Städte- und Kommunalpartnerschaften in der aktuellen Krisensituation anbieten? Wie lassen sich Kriegsfolgen bewältigen, Lebensbedingungen verbessern und eine demokratische und nachhaltige Entwicklung fördern? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt der fünften deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaftskonferenz am 12. und 13. Oktober in Augsburg. Veranstalter waren Engagement Global mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Verband Ukrainischer Städte (AUC).

Viele kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus der Ukraine waren angereist, trafen auf Fachleute und staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure. Ein digitaler runder Tisch lieferte einen Rahmen für den Austausch. Sehr beeindruckend schilderten Teilnehmende aus den ukrainischen Partnerstädten die verheerenden Situationen vor

Ort aber auch das Engagement der lokalen Behörden und der Stadtbevölkerung.

Oberbürgermeister Jochen Partsch aus der Wissenschaftsstadt Darmstadt nahm an der Konferenz zugleich in seiner Funktion als Stadtspitze wie auch als Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetags teil. In seinem Redebeitrag unterstrich er die hohe Bedeutung der unmittelbaren Hilfe durch die kommunalen Partnerschaften. Was an bürgerschaftlicher, partnerschaftlicher Arbeit in den deutschen wie in den ukrainischen Kommunen geleistet worden sei, zahle sich jetzt aus, so der Oberbürgermeister. „Kurzer Draht zwischen den Stadtverwaltungen und intensive Beziehungen zwischen Vereinen, Schulen und anderen zivilen Organisationen ermöglichen zielgerichtete und schnelle Unterstützung – sowohl vor Ort als auch hier, wo es gilt, geflüchtete Menschen unterzubringen und in jeder Hinsicht zu betreuen.“

Partsch betonte im Namen des Deutschen Städtetages die Solidarität mit der Ukraine.

Foto: Martin Magunia, Bonn



Foto: Martin Magunia, Bonn

Diese drücke sich auch in der Aufnahme der Ukraine in die Runde der EU-Beitrittskandidaten aus, was der Deutsche Städtetag ausdrücklich begrüßt.

„Wir dürfen uns trotz aller Sorgen, die wir momentan haben, auch weiterhin nicht spalten lassen.“

Oberbürgermeister
Jochen Partsch,
Präsidiumsmitglied
des Deutschen Städtetages

Auch andere Verbandsvertreter und Vertreterinnen aus Deutschland und der Ukraine verwiesen auf teils jahrzehntelange vertrauensvolle Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen von Stadtverwaltungen und Zivilgesellschaft. Bundesregierung und die EU sollten die kommunale Ebene aufgrund dieser Expertise bei den in Zukunft zu behandelnden Themen Wiederaufbau und weitere Krisenhilfe unbedingt ressort- und ebenenübergreifend einzubeziehen und mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten.

Intensiv wurden gemeinsame Lösungsansätze besprochen. „Ein Thema war, die Position der Kommunen in beiden Ländern zu stärken, damit diese zur Bewältigung der Kriegsfolgen beitragen und langfristig demokratische und nachhaltige Entwicklung in den

Kommunen in Deutschland, der Ukraine und weltweit bestmöglich mitgestalten können“, so Partsch. Hinsichtlich der Sorge, dass die Unterstützung in der deutschen Bevölkerung aufgrund eigener Schwierigkeiten wie Energieknappheit und hoher Inflation abnehmen könne, appelliert er an die Öffentlichkeit: „Wir dürfen uns trotz aller Sorgen, die wir momentan haben, auch weiterhin nicht spalten lassen.“

„Materielle Hilfe für die Menschen vor Ort, Unterbringung und psychosoziale Betreuung der nach Deutschland Geflüchteten – das sind elementare und unmittelbare Beiträge, um der Ukraine in der Situation des von Russland brutal geführten Angriffskriegs beizustehen“, betonte der Oberbürgermeister. „Hinzu kommt etwas ganz Wesentliches, die Stärkung der demokratischen Prozesse in der ukrainischen Zivilgesellschaft. Auch die Wissenschaftsstadt Darmstadt beteiligt sich daran, ihre Partnerstadt Uzhhorod bei der Stabilisierung ihrer Verwaltung aktiv zu unterstützen.“

Es gehe darum, den ukrainischen Städten bei der Bewältigung der immensen akuten Aufgaben, der Sicherung der Infrastruktur und der Versorgung der Millionen von Binnen geflüchteten, zu helfen. Nicht weniger wichtig sei jedoch die Orientierung auf die Zeit nach einem möglichen Kriegsende, so Partsch: „Wiederaufbau bezieht sich nicht nur auf zerstörte Gebäude, sondern auf eine zivile demokratische Gesellschaft insgesamt, als Teil des demokratischen Europas. Dabei sind insbesondere die Städte gefragt.“



Fotos: StreetArt Tag

Städte fordern mehr Geld des Bundes für Nahverkehr

Der Deutsche Städtetag begrüßt das geplante 49-Euro-Ticket für den Nahverkehr – fordert aber dauerhaft mehr Geld vom Bund für Busse und Bahnen. Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sagte dazu Mitte Oktober der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Das Ticket darf wichtige Investitionen in den Nahverkehr nicht ausbremsen, etwa weil es zu Lasten der Grundfinanzierung oder des Angebotsausbaus geht. Wir wollen und brauchen in vielen unserer Städte neue, umweltfreundlichere Busse und Bahnen, attraktive Haltepunkte und kürzere Taktzeiten.“

Foto: Uwe Schippmann



Street Art Projekt für Wuppertal

In Wuppertal wird es ein OpenAir-Museum für StreetArt geben. Im öffentlichen Raum gezeigt werden sollen ab dem kommenden Jahr 24 bis 36 temporäre Exponate (Murals) von namhaften internationalen Street-Art-Künstlern. Langfristiges Ziel ist je ein Kunstwerk in allen 69 Quartieren Wuppertals. Das Konzept stammt vom Verein UrbanerKunstRaum Wuppertal (UKW). Das Land NRW unterstützt das Projekt jetzt mit fast 640.000 Euro. Hinzu kommen Sponsorengelder und Eigenmittel des Vereins.

➔ www.wuppertal.de

Nürnberg ist recyclingpapierfreundlichste Stadt 2022

Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat die Stadt Nürnberg als die Gewinner des Papieratlas-Wettbewerbes 2022 ausgezeichnet. Weitere Gewinner sind der Unstrut-Hainich-Kreis und die Universität Vechta. Im 15. Jubiläumsjahr des Papieratlas beteiligten sich 102 Groß- und Mittelstädte.

➔ www.papieratlas.de





WENIGER TORE, MOOR SCHUTZ!

Torf reduzieren,
Klima schützen.



Weitere Informationen auf der Website!

- Einsatzgebiete
- Erfahrungen
- Produkt-Datenbank
- Alternativen

torfersatz.fnr.de

Foto: LHS, Thomas Hörner



Erstes vollelektrisches Abfall- sammelfahrzeug in Stuttgart

Seit September fährt in Stuttgart mit dem eEonic das erste vollelektrische Abfallsammelfahrzeug. Der von Mercedes Benz Special Trucks mit der Abfallwirtschaft Stuttgart entwickelte E-Lkw soll zunächst für ein Jahr Reststoffe in der Stuttgarter Innenstadt einsammeln. Getestet wird dabei u.a. ob der LKW der hügeligen Topografie genügt und inwieweit die Batterie und das Schnellladesystem ausreichen.

➔ www.stuttgart.de

Digitales Pilotprojekt für Deutschland: Ummelden nach dem Umzug in Hamburg jetzt online möglich

Von Dr. Rainer Heinz und Maik Dick

Künftig können die meisten Hamburgerinnen und Hamburger ihre neue Adresse nach einem Umzug innerhalb Hamburgs digital anmelden. Damit sparen sie nicht nur Zeit, sondern auch Geld. Das Pilotprojekt wird schrittweise erweitert und nach und nach für die Nutzung in der gesamten Bundesrepublik zur Verfügung stehen.

Wer umzieht, muss innerhalb von 14 Tagen seine neue Adresse bekanntgeben. Der neue Onlinedienst, die sogenannte elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA), bietet eine Alternative zum Behördengang. Der komplette Anmeldeprozess lässt sich ab sofort rechtssicher und fristgerecht jederzeit und von jedem Ort erledigen. Anders als bei der Ummeldung im Amt fallen online außerdem keine Gebühren an. Zum Start in Hamburg steht eWA zunächst bestimmten Nutzergruppen zur Verfügung. Der Kreis der Nutzerinnen und Nutzer wird nach und nach erweitert und der Onlinedienst wird künftig allen deutschen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt, damit diese ihn in ihr Angebot digitaler Verwaltungsleistungen aufnehmen können. Allein in Hamburg können in Zukunft jedes Jahr rund 250.000 An- und Ummeldungen und in der gesamten Bundesrepublik ca. 5,5 Millionen Wohnsitzänderungen digital erledigt werden. Der Onlinedienst ist in Kooperation mit dem Bundesministe-

rium des Innern und für Heimat (BMI) entwickelt worden.

Jan Pörksen, Staatsrat und Chef der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg: „Mit dem Onlinedienst für die elektronische Wohnsitzanmeldung leistet Hamburg einen wichtigen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung in ganz Deutschland. Das entlastet die Bürgerinnen und Bürger genauso wie die Verwaltung und ist wegweisend für zukünftige Digitalisierungsprojekte. Der neue Onlinedienst ist ein gutes Beispiel dafür, wie länderübergreifende Zusammenarbeit nach dem „Einer-für-Alle-Prinzip“ funktioniert. Jetzt freuen wir uns auf möglichst viele Kommunen, die mitmachen und die elektronische Wohnsitzanmeldung nutzen.“

Dr. Markus Richter, Staatssekretär im BMI und Bundes-CIO: „Mit der elektronischen Wohnsitzanmeldung digitalisiert die Freie und Hansestadt Hamburg zusammen mit dem BMI eine von den Bürgerinnen und Bürgern oft benötigte Verwaltungsleistung und stellt sie für die bundesweite Nutzung bereit. Die sichere Authentifizierung wird mit dem Online-Ausweis gewährleistet, zudem kann die aktuelle Anschrift bequem von zu Hause aus auf dem Personalausweis gespeichert werden. Das ist nutzerfreundlich und innovativ – so, wie moderne Verwaltung sein muss.“



Hamburg Service

START ALLE DIENSTE

Start > Alle Dienste

Einen neuen Wohnsitz anmelden – Pilotbetrieb

Sie sind innerhalb Hamburgs umgezogen? Jetzt ist die Ummeldung inklusive neuer Anschrift auf Ihrem Personalausweis online möglich. Die Ersten, die das Angebot nutzen können, sind Alleinstehende ohne minderjährige Kinder. Der Dienst wird fortlaufend ausgebaut.

[> Anmelden](#)

Sie haben noch kein Konto? [> Registrieren](#)

Wer kann den Onlinedienst zuerst nutzen und wie geht es weiter?

Das Angebot richtet sich zum Start an unverheiratete Personen ohne minderjährige Kinder, die innerhalb Hamburgs umziehen. Diese Gruppe von Deutschen und EU-Bürgerinnen und -Bürgern und Angehörigen des europäischen Wirtschaftsraumes macht den größten Teil der Hamburger Haushalte aus, die rund 57% aller Umzüge innerhalb Hamburgs bewegen. Möglich sind alle Anmeldungen in neue Haupt- oder alleinige Wohnungen. Die technischen Voraussetzungen zur Nutzung des Onlinedienstes sind ein Personalausweis mit aktivierter Online-Ausweisfunktion, ein Nutzerkonto mit Postfach und die Ausweis-App 2. EU-Bürgerinnen und Bürger und Angehörige des europäischen Wirtschaftsraums können den Dienst mittels einer eID-Karte nutzen. Der Onlinedienst wird kontinuierlich ausgebaut. Nach Ende der Pilotphase wird 2023 der Umzug mit Ortswechsel, also in eine andere Stadt oder Kommune, ermöglicht sowie die An- und Ummeldung von Familien und weiteren Nutzergruppen.

Wie läuft der Prozess aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer?

Bürgerinnen und Bürger werden Schritt für Schritt durch den Onlinedienst geführt. Sie authentifizieren sich datenschutzkonform durch die Online-Ausweisfunktion ihres deutschen Personalausweises oder mit der eID-Karte. Dann erhalten sie Zugriff auf ihre bisher im Melderegister gespeicherten Daten, können diese überprüfen und ihre

neue Adresse eingeben. Die Vorlage einer Wohnungsgeberbestätigung ist nicht mehr nötig. Stattdessen erhalten die Bürgerinnen und Bürger einen Code, der per Post an die neue Adresse geht. Mit dem Code gibt es die elektronische Meldebestätigung zum Download. Ein elektronisches Siegel macht das Dokument fälschungssicher. Die neuen Daten aus dem Melderegister können nun per App direkt auf den Chip im Personalausweis oder der eID-Karte übertragen werden. Dafür genügt ein handelsübliches Smartphone. Der Adressaufkleber für das Ausweisdokument kommt per Post.

Hintergrund

Die elektronische Wohnsitzanmeldung gehört zur föderalen Digitalisierungsoffensive auf Basis des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Die Bundesregierung finanziert das Hamburger Projekt aus Mitteln des Konjunkturpakets und ermöglicht die länderübergreifende Zusammenarbeit bei Umsetzung und Betrieb des Onlinedienstes. Dabei kooperiert die Freie und Hansestadt Hamburg mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat. Der neue Onlinedienst wurde nach dem „Einer-für-alle-Prinzip“ (EfA) entwickelt. Alle Städte und Gemeinden in Deutschland können den digitalen Service ebenfalls nutzen und ihren Bürgerinnen und Bürgern anbieten.

Informationen zur Online-Anmeldung:

➤ www.wohnsitzanmeldung.de

Erklärvideo zum „Einer-für-Alle-Prinzip“:

➤ www.youtube.com/watch?v=fQ7tYakjFG8



Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“

Noch bis zum 31. Januar 2023 gibt es die Möglichkeit, sich am Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“ zu beteiligen. Der Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe (DUH) richtet sich an Kommunen und Wertstoffhöfe, die mit innovativen Konzepten einen herausragenden Beitrag zum Umweltschutz leisten.

➔ www.duh.de/projekte/wertstoffhoeefe/wettbewerb

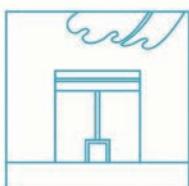
Deutscher Bauherrenpreis 2022 verliehen

„Hohe Qualität – Tragbare Kosten im Wohnungsbau“ ist das Motto des Deutschen Bauherrenpreises, der im Rahmen des Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik vergeben wurde. Die fünf Siegerprojekte 2022 stammen aus Fürth, Hamburg, Münster, Nürnberg und Kempten. Sonderpreise gingen nach Balingen und Regensburg. Insgesamt hatten sich deutschlandweit 187 Projekte in diesem Jahr beworben.

➔ www.deutscherbauherrenpreis.de



Foto: Wolfgang Schmitt



DEUTSCHER
BAUHERRENPREIS
2022



STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Werkstattgespräch zur Brachflächennutzung

Die Bedeutung von Brachflächen in der Städtebauförderung, rechtliche Instrumente bei der Entwicklung von Brachflächen und das Thema Wettbewerbe und Konzeptvergaben stehen im Fokus eines digitalen Werkstattgesprächs am 30. November mit dem Titel: „Brachflächen – Potenziale in der Stadtentwicklung nutzen“. Ausrichter ist das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

➔ www.staedtebaufoerderung.info

LIEBE STADTRÄTE,

**LIEBE BÜRGER-
MEISTERINNEN,**

**MIT WÄRMEPUMPEN,
WÄRMENETZEN UND SOLARENERGIE
FIT FÜR DIE ZUKUNFT.**

Für diese Maßnahmen gibt es staatliche
Förderungen: [energiewechsel.de](https://www.energiewechsel.de)

**80 MILLIONEN GEMEINSAM FÜR
ENERGIEWECHSEL**



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Wiederwahl



Foto: Manfred Grohe

Tübingen: Der Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, **Boris Palmer**, wurde in seinem Amt bestätigt. Er trat diesmal als Einzelbewerber an, da seine Mitgliedschaft bei Bündnis 90/Die Grünen derzeit ruht. Palmer leitet seit 16 Jahren die Geschicke der Stadt Tübingen.

Neu im Amt



Foto: Thomas Goethe

Cottbus: **Tobias Schick** wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Cottbus. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. Dezember an. Er folgt auf Holger Kelch, der seit 2014 Oberbürgermeister ist und nicht mehr zur Wahl angetreten war. Der Christdemokrat Kelch engagiert sich seit 2020 im Präsidium und seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Ralf Graner Photodesign

Städtetag Baden-Württemberg: **Ralf Broß**, bisher Oberbürgermeister der Stadt Rottweil, hat Anfang November das Amt des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds beim Städtetag Baden-Württemberg angetreten. Er ist seit 2019 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Broß wird Nachfolger von Gudrun Heute-Bluhm, die nach acht Jahren an der Spitze des Städtetages Baden-Württemberg ausscheidet. Im Deutschen Städtetag engagierte Gudrun Heute-Bluhm sich zuletzt in beratender Funktion im Hauptausschuss, dem sie früher bereits als Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach angehörte.



Foto: Michael Fuchs

Geburtstage



Foto: Adolf Kessel

Oberbürgermeister **Adolf Kessel**, Stadt Worms, feiert am 30. November seinen 65. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt.



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de